

# NABU

*Für Mensch und Natur*

## Grundsatzprogramm 2000



## **NABU**MISSION

Der NABU möchte dafür begeistern, sich in gemeinschaftlichem Handeln für Mensch und Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist. Der NABU setzt sich darum für den Schutz vielfältiger Lebensräume und Arten ein sowie für gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und den schonenden Umgang mit endlichen Ressourcen.



## Inhalt

### Engagement lohnt sich

#### Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 1. | Nachhaltige Entwicklung durch engagierte Bürgerinnen und Bürger | 5 |
| 2. | Globalisierung – ökologisch und sozial gestaltet                | 6 |
| 3. | Vernetzte Regionen – das Leitbild der Zukunft                   | 7 |
| 4. | Umweltpolitik der Zukunft: Mehr Vorsorge und Eigenverantwortung | 7 |

#### Die ökologischen Schlüsselprobleme können gelöst werden

- |    |  |    |
|----|--|----|
| 1. | Globale Verantwortung für biologische Vielfalt in Deutschland                                      | 9  |
| 2. | Biologische Vielfalt durch naturverträgliche Landnutzung und Verringerung des Ressourcenverbrauchs | 10 |
| 3. | Für wirksamen Klimaschutz und eine ökologische Energie- und Verkehrspolitik                        | 11 |
| 4. | Umwelt und Gesundheit – Ökologie für Mensch und Natur  | 13 |
| 5. | Moderne und Moral – der Weg zur ökologischen Gerechtigkeit   | 14 |

#### Der NABU entwickelt sich weiter

- |    |   |    |
|----|---|----|
| 1. | Der NABU wird sein Engagement im Bereich der Umweltbildung ausbauen und qualifizieren               | 15 |
| 2. | Der NABU wird die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Technik erheblich intensivieren               | 15 |
| 3. | Der NABU wird verstärkt mit Unternehmen kooperieren, die sich zur Nachhaltigkeit verpflichtet haben | 16 |
| 4. | Der NABU wird seine internationale Arbeit ausbauen  | 17 |
| 5. | Der NABU wird für Mitglieder und Interessierte mehr Möglichkeiten zum Mitmachen entwickeln          | 17 |
| 6. | Der NABU wird weitere wertvolle Lebensräume sichern   | 18 |
| 7. | Der NABU fördert die Kenntnisse von und die Freude an der Natur                                     | 18 |
-

### **Vorwort**

Als der NABU 1986 in Berlin sein Grundsatzprogramm verabschiedete, nannte sich der Verband noch Naturschutzbund Deutschland mit dem erklärenden Zusatz „vormals Deutscher Bund für Vogelschutz“ und hatte 120.000 Mitglieder und neun Landesverbände.

Seitdem hat sich einiges getan: Heute gehört der NABU zu den größten Umweltverbänden der Bundesrepublik und ist weiten Teilen der Bevölkerung unter dem Kürzel NABU bekannt. Rund 460.000 Mitglieder und Förderer (Stand: 2009) unterstützen aktiv unseren Einsatz für Mensch und Natur, in den Landesverbänden und den Projekten setzen sich haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter für die Anliegen des NABU ein.

Tätigkeitsbereiche und Gewichtungen haben sich über die Jahre verschoben und erweitert. Es war an der Zeit, das Berliner Programm durch ein neues Grundsatzprogramm zu ersetzen, das NABU-Grundsatzprogramm 2000.

Das NABU-Grundsatzprogramm fand die breite Zustimmung der Bundesdelegiertenversammlung und ist das bisher umfangreichste Grundsatzprogramm unserer über hundertjährigen Geschichte. Kernbereiche, Tätigkeitsfelder, Zielsetzungen und Visionen unseres Verbandes wurden von Fachleuten aus allen Verbandsebenen detailliert und kenntnisreich zusammengetragen.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Das NABU-Grundsatzprogramm 2000 ist ein Programm, das unsere Wurzeln deutlich macht und gleichwohl in die Zukunft weist mit all ihren Chancen und Möglichkeiten.



Olaf Tschimpke  
NABU-Präsident

## Engagement lohnt sich

Engagement für den Schutz der Natur lohnt sich – das ist die zentrale Erfahrung, die Zehntausende ehrenamtlich Aktiver in der über hundertjährigen Geschichte des NABU gemacht haben. Erfolgreiche Aktionen des NABU zum Schutz von Weißstörchen, Wanderfalken oder Bibern, die Ausweisung von Nationalparks und Biosphärenreservaten, die steigende Wasserqualität unserer Flüsse und Seen sowie die abnehmende Luftbelastung sind sichtbare Belege dafür, dass ehrenamtliches Engagement für den Schutz der Natur in Deutschland unverzichtbar ist.

Insbesondere die Arbeit der NABU-Gruppen in Gemeinden und Regionen hat einen entscheidenden Beitrag dafür geleistet, dass wertvolle Lebensräume gesichert und bedrohte Arten in Deutschland erhalten werden konnten. Die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands hat den NABU um Tausende sachkundiger, engagierter Natur- und Umweltschützer bereichert. Gemeinsam nehmen wir unsere Verantwortung für die vielen wertvollen Natur- und Kulturlandschaften in Deutschland wahr.

Der NABU wird auch in Zukunft einen aktiven Beitrag zum Schutz von Natur und Umwelt leisten. 100 Jahre erfolgreiche Natur- und Umweltschutzarbeit sind für uns Ansporn und Verpflichtung, uns aktiv in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik einzumischen und einzubringen. Der NABU setzt sich dabei für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands ein. Das von der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung formulierte Leitbild der Nachhaltigkeit fordert, ökologische, ökonomische und soziale Ziele gemeinsam zu verfolgen, da dauerhaft keines der Ziele auf Kosten der anderen optimierbar ist.

Umweltpolitische Vorgaben müssen deshalb auf den sozialen und ökonomischen Prüfstand. Gleichzeitig müssen aber auch ökonomische Entscheidungen und soziale Aktivitäten ökologisch verträglich sein.

Global gesehen sind wir von einer nachhaltigen Entwicklung noch weit entfernt. Der Energie- und Ressourcenverbrauch wächst weiter. Gleichzeitig verarmen andere Länder immer mehr. Die Zerstörung der Urwälder schreitet ebenso voran wie die Überfischung der Meere, der Verlust an biologischer Vielfalt, die Zerschneidung naturnaher Landschaftsräume oder die Zunahme des Treibhauseffektes. Gleichzeitig steigt weltweit durch das starke Bevölkerungswachstum der Druck auf Natur- und Kulturlandschaften. Der globale Schutz von Umwelt und Natur ist deshalb eine Schlüsselaufgabe unserer Zukunft.

Umweltpolitischen Fortschritt hat es vor allem in solchen Ländern gegeben, in denen Natur- und Umweltorganisationen aktiv waren und der technische Umweltschutz als Arbeits- und Wachstumsmarkt erkannt wurde. So sind in der Bundesrepublik Deutschland wichtige umweltpolitische Fortschritte beim Schutz von Luft, Wasser und teilweise auch beim Boden erzielt worden. Von der Verringerung der Stoff- und Abfallströme haben auch Natur und menschliche Gesundheit profitiert. Heute sind die Aufgaben, die Umwelt zu schützen und Ressourcen zu schonen, zu Kernaufgaben in Unternehmen und Institutionen geworden.

Diesen Erfolgen im technischen Umweltschutz stehen Misserfolge in anderen Bereichen gegenüber. Der Verlust an Lebensräumen und damit an biologischer Vielfalt in Deutschland ist nicht gebremst, eben-

so wenig die Inanspruchnahme zumeist landwirtschaftlich genutzter Flächen für Siedlungen und Verkehrswege. Hoher Energieverbrauch und die Zunahme des Verkehrs haben zu einem Anstieg der klimarelevanten Treibhausgase geführt. Böden und Grundwasserressourcen sind durch Nitrat und Pestizide belastet. Wegen ihres hohen Ressourcenverbrauchs kommt auf die Industriestaaten und hier auch auf die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung zu, eine Vorreiterrolle beim Umwelt- und Naturschutz zu übernehmen. Der Auftrag des Grundgesetzes, die natürlichen Lebensgrundlagen nicht weiter zu verschlechtern, sondern zu schützen, muss erfüllt werden.

Wenngleich die nationale Ebene auch in Zukunft der wichtigste Handlungsrahmen für den NABU bleiben wird, wird er sich in Zukunft verstärkt seiner Verantwortung auf EU-Ebene und im globalen Rahmen zur Lösung der Umweltfragen stellen.

Der NABU wird in den kommenden Jahren folgende Schwerpunkte setzen:

- die Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Natur- und Umweltschutzarbeit,
- das Entwickeln von konkreten Maßnahmen zum Erreichen unserer natur- und umweltschutzpolitischen Zielvorstellungen durch eine Verstärkung der umweltpolitischen Arbeit, des Dialogs mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen,
- die Weiterentwicklung des NABU als gesellschaftliche Lobbyorganisation und als Verband für alle Menschen, die am Erleben der Natur Freude haben.

## **Gesellschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten haben gezeigt, dass auch demokratische Gesellschaften Umweltprobleme verursachen. Sie sind aber die einzigen Gesellschaftsformen, deren Strukturen Voraussetzungen für einen besseren Schutz von Umwelt und Natur bieten. Ein wichtiges Ziel ist es deshalb, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu verbessern.

### **1. Nachhaltige Entwicklung durch engagierte Bürgerinnen und Bürger**

Neben dem Funktionieren der demokratischen Institutionen ist die Übernahme von Verantwortung durch Bürgerinnen und Bürger ein entscheidender Faktor. Dort, wo Verantwortung nicht nur delegiert oder abgeschoben, sondern selbst übernommen und gelebt wird, entsteht Gemeinsinn. Deshalb ist ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung im privaten wie im öffentlichen Raum übernehmen. Der NABU selbst lebt vom Engagement aktiver Mitglieder in seinen Orts-, Kreis- und Fachgruppen.

Der NABU setzt sich deshalb das Ziel, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Beteiligung auf allen Ebenen zu verbessern und Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement im NABU und für den NABU zu motivieren.

Auf kommunaler und regionaler Ebene hält der NABU mehr Initiativen zur Umsetzung der Agenda 21 für erforderlich. Diese bieten auch einen guten Rahmen für NABU-Gruppen, die sich in kommunale Belange einbringen wollen.

Bürgerengagement braucht Anerkennung. Deshalb ist es erforderlich, dass die Arbeit von Freiwilligen im Natur- und Umweltschutz durch die Gesellschaft anerkannt und honoriert wird. Sowohl im Rahmen der politischen Kultur als auch in der Gesetzgebung sollte Freiwilligenarbeit stärker gefördert werden.

Der NABU wird auch einen eigenen Beitrag dazu leisten, Kommunikationsprozesse zwischen Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen zu initiieren, zu fördern und zu moderieren, um von einem breiten Konsens getragene Zielsetzungen zu ermöglichen.

Auf nationaler Ebene fordert der NABU einen Rat für Umwelt und Entwicklung, der klare und vereinbarte Ziele für den Bereich der Umweltpolitik formuliert und Maßnahmen und Aktivitäten vorschlägt. Damit Umweltverbände wie der NABU ihre Rolle als „Anwalt der Natur“ wahrnehmen können, müssen in allen naturrelevanten Entscheidungsprozessen eine Beteiligung der Naturschutzverbände sowie ein einfach zu handhabendes Verbandsklagerecht vorgesehen werden.



### **2. Globalisierung – ökologisch und sozial gestaltet**

Da zunehmend wichtige umweltpolitische Entscheidungen auf die EU-Ebene verlagert werden, müssen auch hier die Beteiligungsmöglichkeiten der Umweltverbände deutlich verbessert werden. Sowohl die europäische Agrarpolitik als auch naturschutzrelevante Richtlinien wie die Vogelschutzrichtlinie von 1979 und die FFH-Richtlinie von 1992 zeigen, dass von der EU wichtige Signale für die Umwelt- und Naturschutzpolitik ausgehen. Die Liberalisierung des Binnenmarktes sowie die EU-Osterweiterung sind weitere Politikfelder, die Umweltrelevanz haben. Deshalb wird der NABU seine Präsenz in Brüssel in geeigneter Weise verstärken müssen, um ein Gegengewicht zur starken Wirtschaftslobby zu schaffen.

Auch auf der Ebene der Vereinten Nationen ist durch Reformen sicherzustellen, dass Umweltorganisationen wie der NABU im Verbund mit anderen großen Naturschutzorganisationen ihre Vorschläge zur Lösung globaler Probleme einbringen können.

Die bisher erzielten umwelt- und naturschutzpolitischen Errungenschaften in Deutschland und der Europäischen Union geraten zunehmend unter Druck. Die von Wirtschaft und Industrie geforderte Absenkung des Umweltschutzniveaus verstößt gegen das verfassungsrechtliche Verschlechterungsverbot und führt in eine Sackgasse. Die vordergründige Anpassung an den Weltmarkt verursacht weitere globale ökologische und soziale Probleme und eine ungerechte Verteilung von Wohlstand. Deshalb kommt es darauf an, dass die politischen Entscheidungsträger, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union, ihre Möglichkeiten nutzen, die Globalisierung mit ökologischen und sozialen Mindeststandards zu koppeln. Wir brauchen international verbindliche Rahmenregelungen, um Sozial- und Umweltdumping zu verhindern. Mit Sanktionen bewehrte Konventionen zum Schutz von biologischer Vielfalt, Wäldern, Meeren, Boden, Luft, Wasser und Klima müssen die Erhaltung global wichtiger Schutz- und Wildnisgebiete und die nachhaltige Nutzung von Kulturlandschaften sicherstellen.

Auch das Thema Wasser ist global gesehen eines der wichtigsten Themen. Viele Erdteile leiden bereits unter Wasserverknappung, während in den Industrienationen der Pro-Kopf-Verbrauch immer noch weit über 100 Liter pro Tag liegt. In manchen Regionen wird schon heute um den Zugang zum Wasser gekämpft. Der NABU setzt sich für einen schonenden Umgang mit Wasser in allen Bereichen ein. Dazu zählen zum Beispiel eine Senkung des Wasserverbrauchs, Maßnahmen zur Gewässerreinigung und zum Gewässerschutz und der Schutz der Meere.

Gefordert sind auch globale Maßnahmen zur Eindämmung der Luftverschmutzung. Die Eutrophierung führt weltweit zu einer Nivellierung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt. Hauptverursacher sind dabei Emissionen aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft.

Zu einer globalen umweltpolitischen Bestandsaufnahme zählt auch, dass das nach wie vor ungebremste Bevölkerungswachstum ein zentrales Zukunftsproblem unserer Erde darstellt. Alle Lebensbereiche und ökologischen Themen werden von der Bevölkerungsentwicklung tangiert (zum Beispiel großflächige Waldrodungen, Treibhauseffekt, Überweidung, Wasser, Ernährung, Abfälle, ect.). Der NABU fordert



und unterstützt Maßnahmen, weltweit Menschen für dieses Problem unter Berücksichtigung ihrer Kultur und Lebenssituation zu sensibilisieren und einfache, praktikable und finanzierbare Möglichkeiten zur Familienplanung zu entwickeln und anzubieten.

Ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung stellt insbesondere die Bekämpfung der Armut und die Verbesserung des Bildungsniveaus dar. Die Industriestaaten und hier auch die Bundesrepublik Deutschland müssen ihrer Verpflichtung zu einer globalen, nachhaltigen Entwicklung zum Beispiel durch eigene Beiträge zur Lösung der internationalen Schuldenkrise gerecht werden.

Zu den auf globaler Ebene erforderlichen Maßnahmen zur Lösung der Umwelt- und Sozialprobleme zählen zum Beispiel eine Ökologisierung der Welthandelsorganisation WTO als Nachfolgeorganisation des GATT, eine Reform der internationalen Finanzierungsinstitutionen und eine kohärente, umwelt- und sozialverträgliche Entwicklungspolitik. Die UNO muss so reformiert werden, dass sie zu einer effektiven sowie handlungs- und durchsetzungsfähigen Organisation wird.

### **3. Vernetzte Regionen – das Leitbild der Zukunft**

Die wirtschaftliche Globalisierung hat zahlreiche negative soziale und ökologische Auswirkungen. Durch die Förderung der Regionen und ihre Vernetzung kann hier ein Gegenteil gestützt werden. Die Idee der Vernetzung liegt zugleich auch nachhaltigen Naturschutzstrategien zugrunde.

Das Leitbild der Zukunft liegt in der naturverträglichen Entwicklung von Regionen. Regionen sind für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger wichtige Bezugspunkte. Regionale Wirtschaftskreisläufe dienen der Vermeidung von Verkehr. Viele globale Probleme werden leichter lösbar, wenn Projekte mit der Verknüpfung naturverträglicher und regionaler Produktion, Verarbeitung und Vermarktung vermehrt entwickelt und gefördert werden. Als Modellregionen hierfür sind insbesondere Biosphärenreservate geeignet, die regionale Wirtschaftskreisläufe und Naturschutzanliegen miteinander verbinden. Für die Förderung der Regionen spielen Kooperationen des NABU mit sozialen, kirchlichen und anderen gesellschaftlichen Gruppen eine große Rolle.

Damit Regionen in Zukunft Entwicklungschancen haben, bedarf es neuer politischer Rahmenbedingungen. Die ländliche Entwicklung sollte deshalb zu einem Förder- und Entwicklungsschwerpunkt für die nationale und EU-Politik werden. Die Agenda 2000 bietet dafür eine Reihe von konkreten Möglichkeiten. Gefördert werden sollten gut funktionierende Verkehrsverbundsysteme sowie die regionale Produktion und Vermarktung von naturverträglichen Gütern und Dienstleistungen.

### **4. Umweltpolitik der Zukunft: Mehr Vorsorge und Eigenverantwortung**

Die Umweltpolitik der letzten Jahrzehnte war von mangelnder Umsetzung des Vorsorge- und Verursacherprinzips geprägt. Der NABU hält deshalb eine Wende vom technisch nachsorgenden Umweltschutz zu einer vorsorgenden Umweltpolitik für erforderlich. Außerdem: Wer Kosten verursacht, soll diese

auch bezahlen. Das bedeutet eine Abwendung weg vom betriebs- und branchenorientierten hin zu einem konsequent volkswirtschaftlichen ökologischen Denken und Handeln.

Die Erfolge der Umweltpolitik in der Vergangenheit sind in erster Linie durch staatliches Ordnungsrecht entstanden: Auf diese Weise konnten unsere Flüsse wieder sauberer werden und viele Luftschadstoffe wie etwa Schwefeldioxid in beachtlicher Weise reduziert werden. Das Umweltordnungsrecht gerät aber dort an Grenzen, wo es um komplexe Verhaltensänderungen von Bürgerinnen und Bürgen wie auch von Unternehmen geht.

Deshalb fordert der NABU, dass aufbauend auf dem bestehenden Umweltrecht das umweltpolitische Instrumentarium künftig mehr Eigenverantwortung fördert und unterstützt. Ökonomische Instrumente wie Ökosteuern, Umweltzertifikate und Lizenzen sollten stärker in den Bereichen Energie und Chemie, Rohstoff- und Flächenverbrauch eingeführt bzw. weiterentwickelt werden. Im Bereich konkreter Umweltauflagen sollte sich der Staat in Zukunft auf die Festlegung verbindlicher Ziele, Kontroll- und Sanktionsmechanismen konzentrieren.

Die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen sollte möglichst den Unternehmen, Gemeinden oder Körperschaften überlassen werden.

Derzeit gibt es bei den Umweltgesetzen erhebliche Vollzugsdefizite. Klarheit für die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Gesetzeslage besteht nur, wenn Gesetze kontrollierbar sind und konsequent kontrolliert werden. Der NABU hält eine Stärkung der unabhängigen Rechnungshöfe für erforderlich. Die generelle Forderung nach Deregulierung führt weder zu volkswirtschaftlichen noch zu ökologischen Erfolgen. Die Umweltverbände müssen in die Entwicklung und das Monitoring freiwilliger Vereinbarungen im Umweltbereich einbezogen werden.

# Die ökologischen Schlüsselprobleme können gelöst werden

## 1. Globale Verantwortung für die biologische Vielfalt in Deutschland

Der Verlust an biologischer Vielfalt, d.h. von Lebensräumen und ihrer Arten, ist keinesfalls nur ein regionales Problem. Der rasante, weltweite Verlust an Tier- und Pflanzenarten durch Zerstörung ihrer Lebensräume hat nach Auffassung des NABU das Ausmaß einer Katastrophe angenommen. Aber auch die Vielfalt an Haustierrassen oder Saatgut geht durch die Industrialisierung der Landwirtschaft zunehmend verloren.

Das Auslöschen von Arten wirft nicht nur ökologische Probleme im Wirkungsgefüge des Naturhaushaltes auf, es ist sozial unverantwortlich, zukünftigen Generationen die Nutzung des „Patentamtes Natur“ einzuschränken und ihnen Naturerleben vorzuenthalten.

Der NABU setzt sich für ein neues, vertieftes Verhältnis der Menschen zur Natur ein. Der Natur müssen auch in industrialisierten Ländern Räume für eine vom Menschen unbeeinflusste Entwicklung überlassen werden. In einem modernen Naturverständnis wird die Natur auch um ihrer selbst willen erhalten und nicht nur unter Nutzungs- und Selbsterhaltungsgesichtspunkten für die Menschen betrachtet.

Neben einer naturverträglichen Landnutzung wird Prozessschutz zu einem Schlüsselbegriff des Naturschutzes. Darunter versteht man Gebiete, in die der Mensch nicht eingreift, sondern die Natur sich selbst überlässt. Stürme, Insektenfraß, Wildverbiss, Überschwemmungen oder Lawinen gehören zur Wildnis. Der Mensch kann in diesen Gebieten staunen, beobachten und forschen, um zu begreifen, was Natur wirklich bedeutet.

Jedes Land hat seine Verantwortung für seinen Anteil am Naturerbe. In der Bundesrepublik Deutschland kommt es insbesondere darauf an, diejenigen Lebensräume und Arten zu sichern, für die wir auf globaler und europäischer Ebene besondere Verantwortung tragen. Dazu zählen: das Wattenmeer, die Boddenküsten der südlichen Ostsee, natürliche und naturnahe Laubwälder mit darin eingebetteten Mooren, Fließgewässer und ihre Auen, aber auch Kulturlandschaften mit Wiesen- und Weideökosystemen wie Streuobstbestände.

Mindestens 15 Prozent der Fläche Deutschlands sollten in den nächsten 10 Jahren als Naturvorranggebiete in Form von großen und vernetzten Schutzgebieten ausgewiesen werden. Neben den bestehenden Nationalparks sollten in diesem Rahmen auch Naturentwicklungsräume mit dem Vorrang für Prozessschutz ausgewiesen werden, deren Anteil 5 Prozent der Landesfläche betragen sollte.

Der NABU setzt sich das Ziel, zur Sicherung der biologischen Vielfalt in Deutschland und darüber hinaus weltweit noch stärker aktiv zu werden. Der NABU wird seine Lobbyarbeit darauf richten, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union ihre regionale und globale Verantwortung übernehmen.

Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ist konsequent umzusetzen und fortzuentwickeln. Die Richtlinie besagt, dass jeder Mitgliedstaat seinen Beitrag zum Schutz des europäischen Naturerbes leisten muss. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten solche Gebiete besonders schützen, in denen europaweit bedrohte Tier- und Pflanzenarten oder schützenswerte Lebensraumtypen vorkommen. Das Entscheidende ist die Herstellung eines zusammenhängenden ökologischen Netzes Natura 2000 in Europa, das gleichrangig zu den anderen transeuropäischen Netzen ist. Deutschland hinkt mit der Ausweisung der europäisch bedeutsamen Naturschutzflächen weit hinterher. Die Bundesregierung und die Bundesländer müssen das Netz Natura 2000 jetzt knüpfen. Marine Schutzgebiete sind einzubeziehen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass Politik und Gesellschaft Akzeptanz für das Netz Natura 2000 schaffen und die Betroffenen beteiligen.

## **2. Biologische Vielfalt durch naturverträgliche Landnutzung und Verringerung des Ressourcenverbrauchs**

Der NABU will Naturschutz durch ökologisch verträgliche Naturnutzung. Für den Schutz der biologischen Vielfalt unerlässlich ist deshalb die Entwicklung ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähiger Zukunftskonzepte für die Kulturlandschaften Europas. Der NABU orientiert sich dabei am Leitbild der Naturwirtschaft.

Naturwirtschaft ist eine Form des Wirtschaftens, die unter Berücksichtigung der Kostenwahrheit generationenverträglich, sozial ausgleichend, umweltverträglich und der biologischen und kulturellen Vielfalt förderlich ist. Zu den Zielen einer Naturwirtschaft zählen die Förderung naturverträglicher Formen der Land- und Forstwirtschaft wie zum Beispiel der ökologische Landbau, der Dauerwald, der Streuobstbau und extensive Weidesysteme. Feuchträume und Senken in der Landschaft sind zu revitalisieren. Der Flächenverbrauch insbesondere im Umfeld der Städte und Dörfer muss reduziert werden. Große unzerschnittene Räume sind zu erhalten. Die Stoffeinträge in die Landschaft durch Emissionen aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft müssen reduziert werden. Von besonderer Bedeutung ist die kulturelle Entfaltung und Belebung der ländlichen Räume.

Zu den vordringlichen Zielen auf dem Wege zu der vom NABU geforderten Naturwirtschaft zählt, dass die Chemie-Belastung der Landschaft gestoppt wird.

Neben den für jeden erkennbaren Verlusten an reich strukturierter Landschaft ist vor allem die großflächige Stickstoffbelastung und der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln ein gravierendes Problem für Arten- und Biotopvielfalt. Nährstoffarme Ökosysteme und die an sie gebundenen Arten haben heute kaum eine Überlebenschance. Hinzu kommen die Boden- und Gewässerbelastungen bis hin zu den Waldschädigungen durch Stickstoffemissionen auch und vor allem aus der Landwirtschaft. Der Einsatz von Pestiziden führt zu einer Belastung von Böden, Grundwasser und Lebensmitteln.

Naturwirtschaft heißt auch, dass den in der Landnutzung tätigen Menschen ein angemessenes Einkommen möglich und eine langfristige Erwerbs-Perspektive gegeben ist. Eine der wichtigsten Aufgaben ist deshalb die Reform der Agrarpolitik in Europa. Der NABU unterstützt das Ziel, eine naturverträgliche Landwirtschaft in der Fläche in Europa zu erhalten.

Eine zukunftsfähige Agrarpolitik, bei der das durchschnittliche Einkommen der Betriebe zu mehr als 50 Prozent aus Steuermitteln kommt, muss aber eine natur-, umwelt- und sozialverträgliche Produktion garantieren, die ohne Chemieeinsatz auskommt und zusätzliche Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft. Wir brauchen eine Entkopplung der Subventionen von der Produktion.

Direkte Einkommensbeihilfen müssen verbindlich an die Einhaltung von nationalem und europäischem Umweltrecht und ökologische Standards bei der Landbewirtschaftung geknüpft werden. Die gute fachliche Praxis reflektiert bisher nur unzureichend die Belange des Umwelt- und Naturschutzes, die Fachgesetze müssen daher überarbeitet werden. Die Honorierung ökologischer Leistungen im Rahmen der Agrarpolitik muss ausgebaut und die Agrarförderung gezielt für umwelt- und naturverträgliche Produktionsweisen eingesetzt werden. Wer der Hilfe des Staates nicht bedarf, soll auch keine Förderung aus Steuermitteln mehr erhalten.

Die Waldbewirtschaftung sollte sich nach Auffassung des NABU am Leitbild des Dauerwaldes orientieren. Dieser zeichnet sich aus durch Chemiefreiheit, den Verzicht auf Kahlschläge und einen bodenschonenden Einsatz von Tieren oder Maschinen. Naturverjüngung, ein hoher Totholzanteil sowie ausgewiesene Naturschutzbereiche sorgen für biologische Vielfalt im Wald.

Der NABU hält Jagd und Fischerei für legitim. Sie können und sollen zu einem Bestandteil einer allgemein naturverträglichen Landnutzung beitragen.

Zu einer ökologischen Landnutzung zählt auch, dass die Flächenversiegelung gebremst und zum Teil rückgängig gemacht wird. Die Bodenversiegelung durch Verkehrswege, Städtebau und Industrieanlagen ist der folgenschwerste Eingriff in die Naturgüter, weil damit nahezu alle Bodenfunktionen und nahezu alles Leben zerstört wird. Zwar sind nach dem Bundesnaturschutzgesetz dafür Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgesehen. Diese werden aber in mehr als der Hälfte der Fälle gar nicht umgesetzt oder die Eingriffe werden nur in ganz geringem Maße durch ökologische Verbesserungen ausgeglichen. Eine transparente Dokumentation des Flächenverbrauchs und die Einrichtung sogenannter Ökokontos ist deshalb erforderlich.

Der NABU wird sich dafür einsetzen, dass die Versiegelung sehr stark abgebremst wird und dass Ersatzmaßnahmen gefunden werden, die zur Erhaltung der Biodiversität wirklich messbar beitragen. Entscheidend dazu beitragen kann eine ökologisch orientierte Siedlungspolitik, die zu weniger Versiegelung, umweltfreundlich zu bewältigender Mobilität und zu Ressourcenschonung führt. In der Siedlungspolitik wie im Hausbau sollen technische Maßnahmen zum Sparen von Energie und Ressourcen und für den Naturschutz gefördert werden.

### **3. Für wirksamen Klimaschutz und eine ökologische Energie- und Verkehrspolitik**

Eine der größten Herausforderungen für den Natur- und Umweltschutz der nächsten Jahre und Jahrzehnte ist die sich immer stärker abzeichnende Klimaveränderung. Sie ist Ausdruck einer grundlegenden Fehlentwicklung, nämlich eines um Größenordnungen zu hohen Energie- und Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern.

Der NABU unterstützt deshalb das auch von der Bundesregierung formulierte Ziel, den Kohlendioxid-ausstoß – basierend auf dem Bezugsjahr 1990 – bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent zu verringern.

Zwar haben auch Entwicklungsländer einen wachsenden Anteil an der globalen Umweltgefährdung und können sich künftig ihrer Verantwortung nicht entziehen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass beim Kohlendioxid der Pro-Kopf-Ausstoß eines Bundesbürgers pro Jahr etwa elf Tonnen beträgt, während ein Bürger Indiens nicht einmal eine Tonne Kohlendioxid pro Jahr verursacht. Weil wir sicher wissen, dass immer mehr Länder mit immer mehr Menschen einen größeren Wohlstand anstreben, hat unser Wohlstandsmodell mit seinem hohen Ressourcenverbrauch und Schadstoffbelastungen global keine Zukunft. Wirtschaft- und Wohlstandswachstum brauchen aus Gründen ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit zunächst die Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben.

Für uns dagegen gibt es keine Alternative dazu, unsere Wirtschaft so grundlegend zu verändern, dass wir bis zum Jahr 2030 mit einem um mindestens 40 Prozent verringerten Energieverbrauch auskommen. Weil dies so weitreichende Veränderungen erforderlich macht und weil wir dafür eine so grundlegende technische Effizienzrevolution wie auch Veränderungen im Verbraucherverhalten benötigen, brauchen wir in den kommenden Jahren eine deutliche Umsteuerung.

Zu den ökologisch zukunftsfähigen Lösungen gibt es global gesehen nur schlechtere Alternativen. Deshalb sollten Staaten und Unternehmen bereits heute auf einen umweltverträglichen Weg setzen und ihre Produktpalette, ihre Produktion und ihre Logistik planvoll umstellen, damit sie zu den „Gewinnern“ einer nachhaltigen Entwicklung zählen.

Der NABU wird sich aktiv dafür einsetzen, dass die Bundesregierung und die Europäische Union ihr Klimaversprechen, den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent zu verringern, einlösen. Von diesem notwendigen und tiefgreifenden Strukturwandel erwartet der NABU die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Schon jetzt zeigt sich, dass durch den Natur- und Umweltschutz in Deutschland Hunderttausende neuer Arbeitsplätze entstanden sind. Neue Betätigungsfelder mit Exportchancen werden sich in Zukunft in allen Bereichen des produktintegrierten Umweltschutzes auftun. Unter der Devise „Arbeitsplätze durch Natur- und Umweltschutz“ wird der NABU aufzeigen, wie die Lösung der großen sozialen Fragen und der Umweltprobleme erfolgreich miteinander verknüpft werden können.

Die wichtigsten Handlungsfelder dabei werden sein:

- neue Arbeitsplätze durch Natur- und Umweltschutz: Neue Arbeitsplätze in naturverträglicher, regionaler aber auch industrieller Produktion, Verwertung und Vermarktung können in den nächsten Jahren geschaffen werden, wenn dafür die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Dazu zählen klare Zielvorgaben im Rahmen eines Umweltplans ebenso wie die Fortführung der ökologischen Steuerreform und die Schaffung von Anreizen zum Energie- und Ressourcensparen.
- eine umweltgerechte Energieversorgung: Eine ökologische Energiepolitik muss in allererster Linie Energieeinsparpotenziale in Industrie, Verkehr und privaten Haushalten fördern und mobilisieren.



Im Energiemix müssen regenerative Energieträger (Wasser- und Windkraft, Photovoltaik, Biomasse) in Zukunft eine Hauptrolle spielen. Ihr Einsatz muss jedoch dem Kriterium der Naturverträglichkeit gerecht werden. Der NABU hält es aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen für geboten, aus der Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich auszusteigen.

- eine umweltverträgliche Verkehrspolitik: Um die Schäden an Umwelt und Natur zu verringern, muss Mobilität weltweit verteuert werden. Entsprechende Preissignale tragen auch dazu bei, dass Mobilität ressourcenschonender und umweltverträglicher wird. Um mehr Bürger zum Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu bewegen, bedarf es verbesserter Rahmenbedingungen. Dazu zählen ein leistungsfähiges, schienengebundenen Verkehrssystem für den Personen- und Güterverkehr, einen flächendeckenden Öffentlichen Nahverkehrs, eine Reduzierung des Flugverkehrs, die Verringerung des Individualverkehrs und die Förderung moderner Radwegesysteme. Neue Technologien, die zu einem geringeren Treibstoff- und Ressourcenverbrauch führen, sollen gefördert werden, damit individuelle Mobilität möglich und bezahlbar bleibt. Dies gilt insbesondere für Regionen mit schlechter öffentlicher Verkehrsinfrastruktur. In der Raum- und Regionalplanung sind großflächige, verkehrsarme Räume als vorrangige Schutzgüter festzuschreiben.
- eine ökologische Agrarpolitik: Im Bereich der Agrarpolitik müssen vor allem die klimarelevanten Emissionen aus dem Bereich der Tierhaltung entscheidend verringert werden, aber auch Klimagefahren durch Überdüngung und Gülleausbringung.

#### **4. Umwelt und Gesundheit – Ökologie für Mensch und Natur**

Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert Gesundheit als einen Zustand körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen Wohlbefindens. Dazu tragen Gesundheitswissen, Selbstwertgefühl, eine gute medizinische Versorgung, aber auch eine intakte Umwelt entscheidend bei. Heute gehen 75 Prozent der Todesfälle auf schlechte Umweltbedingungen und gesundheitsschädigende Lebensweisen zurück. Hunderte Millionen Menschen leiden an Atemwegserkrankungen aufgrund von Luftschadstoffen. Allergien und Krebserkrankungen hängen mit Ernährung, Wasserverschmutzung und Umweltchemikalien zusammen. Schadstoffe beeinträchtigen unsere Fortpflanzungsfähigkeit.

Deshalb müssen Umwelt-, Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik auf das Ziel „Schutz der Gesundheit“ verpflichtet werden. Dies ist auch eine Zielsetzung für den NABU, der sich für eine intakte Umwelt mit stabilem ökologischen Gefüge, gesunde Lebensbedingungen, sauberes Wasser und gesunde Lebensmittel einsetzt. Prognosen halten Medizin und Gesundheit für die bedeutendsten Innovationsfelder der Zukunft. Der NABU wird hierzu sein Fachwissen zum Beispiel in den Bereichen Ökolandbau, Regionalvermarktung, Natur-, Biotop- und Artenschutz sowie Naturwissen und -erlebnis zu einem ganzheitlichen Gesundheitsverständnis einbringen.



### **5. Moderne und Moral – der Weg zur ökologischen Gerechtigkeit**

Der NABU spricht sich für eine naturverträgliche Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik und für moderne, vorwärtsgerichtete Strategien zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft aus.

Parallel zur Weiterentwicklung im wissenschaftlichen und technischen Bereich ist eine Weiterentwicklung von Moral und Bewusstsein erforderlich. Nicht alles, was technisch machbar oder individuell möglich ist, ist moralisch und umweltethisch vertretbar. Individuen, Nationen, Institutionen – sie alle müssen lernen, ihr Handeln daraufhin zu überprüfen, ob es zu ökologischer Gerechtigkeit beiträgt oder nicht. Weiteres Wohlstands- und Wirtschaftswachstum verlieren dann ihre Berechtigung, wenn sie eine Bedrohung der Natur, anderer Kulturen oder zukünftiger Generationen darstellen.

Der NABU wird sich daher für innovative Entwicklungen einsetzen, gleichzeitig aber im Sinne einer freiwilligen Beschränkung immer Machbares ablehnen, das aus Naturschutzsicht, sozialen oder ethischen Gründen unvertretbar erscheint.

Ökologische Verträglichkeit ist eine Grundvoraussetzung für den Einsatz neuer Technologien. Diese sollten zum Beispiel von der Gesellschaft – und nicht nur der Wirtschaft – vor ihrer Einführung auf ihre Chancen und Risiken hin geprüft werden. Technologiefolgenabschätzung und Bürgerbeteiligung müssen integraler Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse werden.

Chancen für eine nachhaltige Entwicklung bietet zum Beispiel die Kommunikationstechnik. Verbesserte Datenbanken, neue Informationstechnologien und -möglichkeiten und der mittels Internet mögliche weltweite Erfahrungsaustausch können zur Schaffung von globalem ökologischem Bewusstsein und Bürgerengagement beitragen.

Auch die Bio- und Gentechnologie birgt Chancen zu innovativen Produktionsmethoden. Nach Auffassung des NABU sind die mit der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere verbundenen ökologischen Risiken jedoch zu groß und nicht beherrschbar. Der NABU hält deshalb den Einsatz gentechnisch veränderter Kulturpflanzen und Nutztiere für unverantwortlich. Dies gilt auch für die Aussetzung von Tier- und Pflanzenarten ohne wissenschaftlich fundierte Kenntnis darüber, welche Auswirkungen dies auf Ökosysteme und Lebensräume hat.

In wohlhabenden Industrieländern des Nordens brauchen wir neue Konsummodelle. Jede und Jeder kann und sollte seinen individuellen Beitrag dazu leisten, die Natur zu schützen und sparsam mit Ressourcen umzugehen. Dies betrifft die Mobilität ebenso wie das Freizeit- oder Einkaufsverhalten. Als Konsument hat jede und jeder die Möglichkeit beim täglichen Einkauf dafür zu sorgen, dass naturverträgliche Landwirtschaft, naturnaher Waldbau oder umweltfreundliche Stromerzeugung ohne Atomenergie unterstützt werden.

## **Der NABU entwickelt sich weiter**

Die größte Herausforderung für den NABU ist es, mehr Menschen zu dauerhaftem Umwelthandeln zu bewegen. Denn eine nachhaltige Entwicklung werden wir nur umsetzen können, wenn die Menschen bereit sind, neue umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen anzunehmen, neue Verhaltens- und Konsummuster zu erlernen und die dafür erforderlichen Preise zu zahlen. Der NABU setzt sich deshalb für seine eigene Arbeit in den nächsten Jahren eine Reihe von Zielen und Aufgaben. Zu diesen zählen:

### **1. Der NABU wird sein Engagement im Bereich der Umweltbildung ausbauen und qualifizieren**

Der NABU hat einen traditionellen Schwerpunkt im Bereich der Umweltbildung. In Zukunft kommt es darauf an, dass wir die Menschen an die Natur heranführen und für die Idee der Nachhaltigkeit gewinnen. Ein wichtiges Aufgabenfeld für den NABU ist der Freizeitbereich. Der NABU kann Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Umwelt-Erleben so vermitteln, dass daraus ein dauerhaftes Umwelthandeln entsteht. Umweltverantwortung kann jeder und jede von uns in vielfältigen Rollen und Lebensbereichen übernehmen - in Familie und Beruf, in der Freizeit oder in der Gemeinde. Dies durch positive Angebote zu begleiten, bietet für den NABU die Chance, Energien und Engagement für die Natur freizusetzen.

Auch im schulischen Bereich sollte ökologische Aspekte in allen Fächern berücksichtigt werden.

Der NABU möchte sein Angebot an Dienstleistungen und Beratung für eine ökologisch verträgliche Freizeitgestaltung in den nächsten Jahren ausbauen. Dazu zählen alle wichtigen Themen des persönlichen Lebensumfeldes wie Wohnen, Ernähren, Kleiden, Reisen usw.

### **2. Der NABU wird die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Technik erheblich intensivieren**

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung werden Wissenschaft und Technik eine herausragende Rolle spielen. Denn die Schonung von Ressourcen, die Erhöhung der Effizienz von Produkten und Dienstleistungen, der Entwicklung der Kreislaufwirtschaft und insbesondere der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe erfordern technische Innovation und Kreativität sowie wissenschaftliche Forschungsaktivitäten. Auch als Grundlage politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Verständigungsprozesse bedarf es der Wissenschaft als einer Instanz, die Handlungsfolgen ökologischer, sozialer, ethischer und ökonomischer Art aufzeigt. Der NABU sucht deshalb verstärkt die Kooperation und die Synergien mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Technologiezentren, um neue Forschungsergebnisse in seine Arbeit für Natur- und Umwelt zu integrieren. Der NABU wird aktiv werden für die Sicherung des Wissenschaftsstandortes Deutschland und fordert eine Reform der Forschungspolitik, die sich auf die mit einer nachhaltigen Entwicklung verbundenen Zielvorstellungen konzentrieren sollte.

Im NABU selbst hat wissenschaftliche Forschung eine lange Tradition. In zahlreichen Bundesfachausschüssen und Expertengruppen ist in den letzten Jahren entscheidendes Know-how zu Fragen der biologischen Vielfalt und einer ökologischen Landnutzung entwickelt worden. Daneben tragen wissenschaftliche Institute des NABU dazu bei, dass Problemanalyse und Lösungswege im NABU wissenschaftlich fundiert sind. Aus der Verbindung von anerkanntem Expertenwissen, wissenschaftlicher Freizeitbetätigung und langfristiger Naturbeobachtung und -erfahrung entstehen schon heute praxisorientierte Lösungsansätze für den Natur- und Umweltschutz.

Die natur- und umweltschutzfachliche Arbeit im NABU soll deshalb in den kommenden Jahren verstärkt weitergeführt werden. Studenten, Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen sollen vom NABU in den kommenden Jahren stärker angesprochen werden.

### **3. Der NABU wird verstärkt mit Unternehmen kooperieren, die sich zur Nachhaltigkeit verpflichtet haben**

In dem Rahmen, in dem die nationalstaatlichen Regulierungsmöglichkeiten geringer werden, wird es für den NABU wichtiger, Unternehmen direkt anzusprechen und für seine Ziele zu gewinnen. Der Dialog mit Unternehmen und hier insbesondere mit den ökologischen Branchenführern wird deshalb zu einem Bestandteil der NABU-Arbeit. Gerade für die Bemühungen zur Institutionalisierung internationaler Umwelt- und Sozialstandards bedarf es der Förderung unternehmerischer Vorreiter, die in der Lage sind, ökologisches und soziales Engagement mit ökonomischem Erfolg zu verknüpfen sind.

Der NABU sucht aber auch den kritischen Dialog mit den Unternehmen und Branchen, deren Produkte die Umwelt in hohem Maße tangieren und die einen hohen Globalisierungsgrad aufweisen (Autoproduktion, Flugverkehr, Tourismus).

Im Bereich der Landnutzung wird der NABU seine Angebote zum Dialog auf diejenigen Nutzer konzentrieren, die für den Erhalt der biologischen Vielfalt besonders wichtig sind. Dazu zählen zum Beispiel die Land- und Forstwirtschaft, die Jagd und die Fischerei sowie der Freizeit- und Tourismusbereich.

Im Bereich der eigenen Einrichtungen, Produkte und Dienstleistungen wird der NABU hohe Maßstäbe an die Umwelt- und Sozialverträglichkeit seiner eigenen Aktivitäten anlegen.

#### **4. Der NABU wird seine internationale Arbeit ausbauen**

Im Zuge der Globalisierung muss sich auch eine Natur- und Umweltorganisation wie der NABU neu orientieren. Es gilt, die durch die Globalisierung ausgelösten und beschleunigten Zerstörungsprozesse von Natur- und Kulturerbe zu bremsen und die Chancen der Globalisierung für unsere Ziele und Aufgaben zu nutzen.

Zu den Schwerpunkten des NABU werden zählen:

- eine intensive Lobbyarbeit im Rahmen der EU insbesondere im Bereich der Naturschutz-, Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik. Die EU-Osterweiterung soll dazu genutzt werden, das Netzwerk Natura 2000 zu erweitern und ökologische Standards auch in diesen Ländern zu verankern. Der NABU arbeitet mit an einer praxisorientierten Rahmengesetzgebung der EU im Umweltbereich und ihrer Umsetzung in nationales Recht.
- die konstruktive Begleitung der Konventionen zur biologischen Vielfalt und zum Schutz des Klimas,
- die aktive Mitarbeit bei BirdLife International, dem weltweit größten Netzwerk zum Schutz der biologischen Vielfalt,
- die Bildung einer strategischen Allianz mit wichtigen europäischen und außereuropäischen Umwelt- und Naturschutzorganisationen,
- die Unterstützung und der Aufbau von NGOs insbesondere in den GUS-Staaten und
- die Durchführung von Projekten und die Vergrößerung unseres Angebotes an Consulting-Leistungen in den Staaten Mitteleuropas und der GUS, im Mittelmeerraum und in Afrika mit dem Ziel der Schaffung von Großschutzgebieten (Nationalparke, Biosphärenreservate, Weltnaturerbegebiete).

#### **5. Der NABU wird für Mitglieder und Interessierte mehr Möglichkeiten zum Mitmachen entwickeln**

Der NABU will sich auf die veränderten Rahmenbedingungen in Politik und Gesellschaft einstellen. Er wird sowohl seine Programmatik als auch seine Organisation daraufhin überprüfen, ob sie zu einem wirkungsvollen Erreichen seiner Ziele beitragen. Im Bereich der Entwicklung von Positionen und Vorschlägen ist der NABU in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen. In den neuen Positionspapieren für die Bereiche Naturschutz und biologische Vielfalt, Abfall, Energie und Land- und Forstwirtschaft spiegeln sich die Vorschläge des NABU wider.

In der Organisation selbst wurden mit der Gründung des Rudi Rotbein Clubs erste Schritte zu einer zielgruppengerechteren Ansprache für Kinder getan.

In den nächsten Jahren wird der NABU insbesondere die Einbeziehung von Frauen auf allen Ebenen des NABU fördern und fordern. Denn gerade auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung spielen Frauen eine oft aktivere Rolle als Männer in der Gesellschaft. Für eine Wende in der Landwirtschaft oder im Städtebau, in der Energie- oder Gesundheitspolitik, aber auch in der Naturschutzpolitik ist das Engagement von Frauen wichtig und unerlässlich.

Eine weitere wichtige Zielgruppe für den NABU sind Familien. In Familien werden nicht nur grundlegende Werthaltungen gegenüber der Natur und der Umwelt vermittelt, Familien sind wegen ihrer Aufgeschlossenheit ökologischen und gesundheitlichen Fragen gegenüber wichtige Multiplikatoren. Der NABU wird Familien nicht nur mit besonderen Angeboten in seinen Umweltbildungseinrichtungen ansprechen, sondern auch überlegen, wie Familien in praktische Naturschutzarbeit und politische Lobbyarbeit eingebunden werden können.

Der NABU wird sein Dienstleistungsangebot in den nächsten Jahren ausweiten. Mitglieder werden die Chance erhalten, ökologisch verträgliche und preisgünstige Waren und Dienstleistungen über den NABU zu beziehen. Der NABU seinerseits wird seine Nachfragemacht stärker nutzen.

Um mehr Unterstützung für seine umwelt- und naturschutzpolitischen Ziele zu gewinnen, wird der NABU seine Dialogaktivitäten in Richtung anderer gesellschaftlicher Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände ausbauen. Nachhaltige Entwicklungskonzepte werden in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen entwickelt und umgesetzt werden.

### **6. Der NABU wird weitere wertvolle Lebensräume sichern**

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Sicherung wertvoller Lebensräume durch staatliche Schutzgebietsausweisungen unzuverlässig ist. Der Ausverkauf von Schutzgebieten, die Einrichtung eines weitreichenden Entschädigungsanspruchs sowie die Kürzung der Naturschutz-Etats der Länder haben zu einer systematischen Entwertung von Schutzgebieten geführt. Insbesondere in Waldgebieten haben die ökonomischen Interessen der Privaten oder der Länder in der Regel Vorrang vor dem Naturschutz. Die Übernahme von Flächen in den Besitz und die Betreuung des NABU soll daher in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur langfristigen und zuverlässigen Sicherung wertvoller Lebensräume leisten. Ziel ist der Aufbau einer NABU-Stiftung „Nationales Naturerbe“ für die Verwaltung dieser Flächen.

### **7. Der NABU fördert die Kenntnisse von und die Freude an der Natur**

Der NABU ist trotz allen politischen Engagements keine Partei. Wir sind aber gefordert, wenn es darum geht, komplexere Antworten darauf zu geben, wie wir die Natur in unserem Land und weltweit als zukünftige Lebensgrundlage der menschlichen Gesellschaft erhalten wollen und wie wir unseren Beitrag zur Abwendung der globalen Umweltgefahren leisten können. Deshalb wird sich der NABU in politische Entscheidungsprozesse einmischen, um den Naturschutz zum Erfolg zu führen.

Der NABU wird an seinen Wurzeln festhalten, an der praktischen Naturschutzarbeit vor Ort und der naturkundlichen Betätigung. Und auch jemand, dem es keinen Spaß macht, naturschutzpolitisch aktiv zu sein, sondern der einfach Freunde an der Beobachtung der Natur hat, ist im NABU in bester Gesellschaft. Ein Naturschutzverband, der seine Arbeit nicht auch als eine gesellschaftspolitische Aufgabe ansieht, wird am Ende keine Erfolge erzielen. Eine Umweltorganisation aber, die ihr Engagement nicht mehr aus der Begeisterung an der Natur schöpft, wird am Ende aus technokratischen Umweltmanagern bestehen - und ebenfalls scheitern. Freude an immer wieder neuen Entdeckungen in der Natur und auch das Staunen über das Adaptionvermögen der Natur wird deshalb auch in Zukunft eine wichtige Triebfeder für unser Engagement bleiben.





**Impressum:**

© NABU-Bundesverband

Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

[www.NABU.de](http://www.NABU.de)

Charitéstraße 3

10117 Berlin

Tel. 030.28 49 84-0

Fax 030.28 49 84-20 00

[NABU@NABU.de](mailto:NABU@NABU.de)

Text: Dr. Markus Rösler (damals NABU-Präsidium); Thomas Tennhard, NABU-Präsidium; Hermann Schultz, Vorsitzender NABU Schleswig-Holstein; Prof. Dr. Detlef Czybulka, Ehrenvorsitzender NABU Mecklenburg-Vorpommern; Gerd Billen (damaliger NABU-Bundesgeschäftsführer).

Anregungen stammen von Dr. Stefan Bosch, Jochen Flasbarth, Klaus Götze, Mark Harthun, Ulrich Kriese, Klaus Kußmaul, Claus Mayr, Dr. Christian Mittag, Helmut Opitz, Christian Rapp, Siegfried Schuster, Prof. Dr. Michael Succow, Joachim Wagner und Christof Weins.

Redaktion: Beatrix Losem

Gestaltung: Gregor Diekmann, Christine Kuchem, [www.ck-grafik-design.de](http://www.ck-grafik-design.de)

Stand: 2. Auflage, 12/2004

Art-Nr. 6012

---

Der NABU gehört heute mit mehr als 460.000 Mitgliedern und Förderern (Stand: 2009) zu den größten Natur- und Umweltverbänden Deutschlands. Tätigkeiten und Arbeitsschwerpunkte haben sich über die Jahre verschoben und erweitert. Dieser Entwicklung wird das NABU-Grundsatzprogramm 2000 gerecht. Es macht die Wurzeln des Verbandes deutlich und weist gleichwohl in die Zukunft mit all ihren Möglichkeiten.

